

ASTA INFO

36

Studentenschaft der THD

3.10.77

vds - mv beschließt Streik
zum Wintersemester

Vom 23.-25. September fand in Giessen eine außerordentliche vds-Mitgliederversammlung statt. Das Zustandekommen der mv beruhte auf dem Antrag von knapp 50 ASTen, die damit insbesondere gemeinsame Beschlüsse zum Wintersemester herbeiführen wollten.

Beschluß der mv: Die a.o. vds-mv in Giessen bekräftigt die Notwendigkeit, im Wintersemester einen Bundesweiten Streik gegen HRG und seine Umsetzung in LHG's (Landeshochschulgesetze) aller BRD-Studenten zu organisieren. Sie bekräftigt die Aussagen, die im Zentralratsbeschuß vom 13.7.77 zur Durchführung des Streiks getroffen wurden. Die a.o. vds-mv ruft alle Studenten der BRD und Westberlins auf, den Streik ab sofort vorzubereiten, durch solidarisches Handeln den Streik zum Erfolg zu machen.

Zu den Zielen und Erfolgchancen erklärte die mv: Der Aufbau einer möglichst geschlossenen bundesweiten Streikfront ist gerade angesichts der jüngsten Angriffe besonders dringlich. Der brutale Versuch, die Verfaßte Studentenschaft in Baden-Württemberg ganz zu zerschlagen, die neue Welle von Ordnungsrechtsverfahren und Skandalurteilen gegen die ASTen müssen zurückgewiesen werden. Im Kampf gegen die weitgehend einheitlichen LHG-Entwürfe in den einzelnen Bundesländern gilt es, die reaktionäre Umsetzung des HRG zu durchkreuzen. Mit dem bundesweiten Streik wollen wir die Bedingungen für entscheidende Erfolge gegen das Gesamtkonzept der Hochschulreformierung schaffen. Dies erfordert, daß der Streik möglichst aktiv und geschlossen durchgeführt wird und daß wir zweitens die Isolierung durchbrechen, in die wir von den Herrschenden systematisch getrieben werden sollen. Die Erfolge des Streiks liegen dabei nicht in der quantitativen Menge der bestreikten Veranstaltungen und ausgefallenen Seminare, sondern in der massenhaften Initiierung politischer Lernprozesse und in wachsender Bereitschaft zu eigenem Engagement der Beteiligten. Neben der nach außen gerichteten Öffentlichkeitsarbeit hat deshalb die Organisation von Arbeitsgruppen, Alternativveranstaltungen etc. sowohl zu fachbereichsspezifischen Problemen wie zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen eine wesentliche Bedeutung im Streik. Alternativen zum offiziellen Lehrangebot bürgerlicher Wissenschaft müssen aus der Diskussion und Kritik der traditionellen Formen und Inhalte Ansätze zur Praxis kritischer Wissenschaft entwickeln. Durch die Behandlung fachwissenschaftlich relevanter gesellschaftlicher Konflikte (Ökologie, Atomkraftwerke, Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Repression, Bildungspolitik, Hochschulgesetzgebung etc.) kann die Interessenbezogenheit von Forschungsansatz (Lehrinhalte) und Methode aufgezeigt werden.

Zu Streikbeginn und Befristung beschloß die mv: Die Diskussion der ASTen nach dem Zentralratsbeschuß hat in der offenen Frage des Streikbeginns klar gezeigt, daß der 28. November der Termin ist, der eine maximale Breite des bundesweiten Streiks gewährleistet. Deshalb empfiehlt die vds-mv den Studenten der BRD und Westberlins, den bundesweiten Streik am 28.11 zu beginnen.

Beim Terminvorschlag für den Beginn des bundesweiten Streiks ist jedoch klar, daß eine Reihe von Studentenschaften aufgrund der aktuellen Angriffe an den Hochschulen und im Bundesland den Streik bereits früher (etwa am 3.11.77) als Teil des bundesweiten Streiks aufnehmen. Die vds betrachten dies nicht etwa als eine Auflösung der Streikfront, sondern als Ausdruck der sich im Wintersemester stetig steigenden Aktionen und Mobilisierungen bis hin zu bundesweiten Streik.

Um den einheitlichen Charakter des bundesweiten Streiks zu verdeutlichen, schlagen die vds als bundesweite Streikdauer 14 Tage vor anzustreben. Eine solche bundesweite Streikdauer schließt örtliche Modifizierungen nicht aus. Diese sollten jedoch der Beschlußfassung an den einzelnen Orten überlassen bleiben. Die vds gehen davon aus, daß der bundesweite Streik als aktiver Streik geführt werden. Dieser Beschluß wurde mit 397 Ja bei 222 Nein und 90 Enthaltungen auf der Mitgliederversammlung gefaßt.

Wichtig ist, daß jetzt endlich beschlossen wurde, den Streik schwerpunktmäßig gegen das HRG und die Umsetzung der Landeshochschulgesetze zu führen.

Darüber, wie auch über die Notwendigkeit eines bundesweiten Streiks, herrschte bei allen politischen Gruppen mit Ausnahme des RCDS Einigkeit.

Harte Diskussionen gab es jedoch in der Frage der Streikbefristung und der Terminierung. MSB Spartakus und SHB traten für Streikbeginn am 28.11. ein. In Baden-Württemberg besteht jedoch die Notwendigkeit, bereits früher mit dem Streik zu beginnen, da am 10. 11.77 dort das Landeshochschulgesetz, das Regelstudienzeiten festsetzt und die Studentenschaft auflösen soll, verabschiedet werden soll.

Das Gerangel um Streiktermine und Befristung überschattete die gesamte mv, so daß - wieder einmal - die Diskussion um die Inhalte viel zu kurz kam.

Der AStA der TH erklärt:

1. Die Auseinandersetzung in Baden Württemberg um den Erhalt der Studentenschaft betrifft uns genauso. Die CDU macht sich auch bei uns für die Liquidierung der Studentenschaft und die Abschaffung jeglicher Mitbestimmung stark. Deshalb müssen wir die Auseinandersetzung um die Studentenschaft über Baden-Württemberg hinaus führen und die Kommittees in Baden-Württemberg unterstützen.

2. Die Auseinandersetzung um Termine und Befristung ist vorgeschoben. Jeder weiß, daß ein Streik nur solange geführt werden kann, wie ihn die Mehrheit der Studenten trägt und sich für seine Ziele einsetzt. Deshalb muß regelmäßig - etwa wöchentlich - von den Studenten über Abbruch und Weiterführung des Streiks beschlossen werden.

3. Über die Streikziele, die Forderungen und die Erfolgsbedingungen ist noch Diskussion notwendig. Es muß allen Studenten klar sein, wofür sie sich mit einem Streik einsetzen.

An den einzelnen Hochschulen wird durch Streiks der Verschlechterung der Studienbedingungen und der Vorwegnahme des HRG's in Prüfungsordnungen und Ordnungsrecht entgegengetreten. Gerade aufgrund der konkreten Betroffenheit aller Studenten kann der Streik zu einer starken, geschlossenen Bewegung werden. Die konkreten Auswirkungen des HRG können auch in der Öffentlichkeit wirkungsvoll dargestellt werden. Der Anpassung der LHG's an das HRG müssen wir entschieden Widerstand entgegensetzen. Durch geschlossenen, breit geführten Streik können wir die Umsetzung des HRG ins LHG beeinflussen, die Anpassung erschweren oder gar unmöglich machen.

Um die Rücknahme des HRG erreichen zu können, ist es unbedingt notwendig, daß sich breite Teile der Bevölkerung hinter die Forderungen der Studenten stellen und so durch Erzeugung öffentlichen Drucks die Rücknahme des HRG erzwungen wird. Da das HRG den Interessen der Großunternehmer dient, nämlich der Produktion spezialisierter, austauschbarer Fachidioten, die weder zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit, noch zu gesellschaftlich verantwortlichem Handeln ausgebildet werden. Diese Interessen aber denen der Arbeiter und übrigen Bevölkerung entgegengesetzt sind, müssen wir versuchen, gerade Arbeiter, Angestellte und ihre Organisationen, die Gewerkschaften für unsere Forderungen zu gewinnen. Darüberhinaus muß Druck auf die politischen Parteien ausgeübt werden, damit sie sich aktiv für die Rücknahme des HRG einsetzen. Der Streik muß deshalb dazu genutzt werden, die Diskussion mit den Gewerkschaften und den Parteien voranzutreiben. Der bundesweite Streik muß dazu benutzt werden, die Diskussion um das HRG aus der Hochschule in die Bevölkerung hineinzutragen, um die Voraussetzungen für eine inhaltliche Studienreform, die sich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert, zu schaffen. Darüberhinaus muß auch an den Hochschulen in inhaltlicher Arbeit die Basis für weitere Aktionen gelegt werden, insbesondere durch die Entwicklung inhaltlicher Stellungnahmen und Alternativen zu Inhalten, Form von Studium, Prüfungen und Berufsperspektive.